

Nichtwissen und Nicht-Wissen-Wollen in der Wissensgesellschaft

Wissen schafft, so die ökonomische Theorie des technischen Fortschritts, wirtschaftliches Wachstum. Wissen gilt in der Wissensgesellschaft als Garant für gesellschaftlichen Fortschritt. Diese Erwartung schließt auch den Glauben mit ein, die unerwünschten Folgen von „Wachstum“ und „Fortschritt“, die den Fortschritt erfahrungsgemäß begleitenden Phänomene der Ausbeutung von Umwelt, Sozialität und Ethos, seien durch mehr von diesem Wissen mit zu bewältigen. Die Vertreter dieser Erwartung übersehen jedoch, dass Wissen ein (zielgerichtet erworbenes) Produkt ist. Wissen um die Gefährdung ausbeutungsbedrohter Güter ist aber ein unerwünschtes Produkt, diese Güter stehen eben dank Nichtwissens zur Ausbeutung offen. Daran wird die große Bedeutung des Nicht-Wissen-Wollens in der auf Wirtschaftswachstum setzenden Industriegesellschaft deutlich.

Der verbreitete naive Glaube an die umfassende Problemlösungspotenz der „Wissensgesellschaft“ in Deutschland wurde auf hohem Niveau offenbar, als sich im Oktober 2007 Prominente aus Wissenschaft (mehrere Nobelpreisträger) und Politik unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Merkel zum Symposium „Global Sustainability: A Nobel Cause“ trafen. In dem dort verabschiedeten „Potsdam-Memorandum“ (PIK 2007) heißt es: *“Gibt es einen „Dritten Weg“ zwischen fortschreitender Umweltzerstörung und lähmender Unterentwicklung? Die Antwort lautet Ja, aber dieser Weg beinhaltet eine zügige und umfassende Neugestaltung unserer Industriegesellschaft. Diese Große Transformation ist eine gewaltige Herausforderung, doch sind wir gegenüber früheren Generationen im Vorteil: Wir verfügen heute über ein ausgereiftes System, Wissen zu produzieren, das prinzipiell dazu genutzt werden kann, diese Transformation unter mutiger politischer Leitung gemeinsam mit aufgeklärten Entscheidungsträgern in der Wirtschaft und der gesamten Zivilgesellschaft herbeizuführen.“* Ob wir über eine mutige politische Leitung und aufgeklärte Entscheidungsträger verfügen, soll hier nicht vertieft werden.

Entscheidend ist in unserem Zusammenhang die Frage, ob wir wirklich über ein „ausgereiftes System verfügen, Wissen zu produzieren“, das prinzipiell dazu genutzt werden kann, die Transformation zur Nachhaltigkeit zu bewerkstelligen. Haben wir wirklich das zur Zukunftsgestaltung relevante Wissen – das Folgenwissen und das Wissen um vorzugswürdige Alternativen? Nutzen wir dieses Wissen, so wir es denn haben?

Unvermeidbares Nichtwissen und vermeidbares Unwissen

Negative Folgen stracks in Technik und Produktion umgesetzten naturwissenschaftlichen Wissens wurden jedenfalls in der Vergangenheit vielfach nicht rechtzeitig erkannt. Die Gründe liegen zum Teil in der Unmöglichkeit, vollständig zutreffende Aussagen über die Zukunft zu machen. So ist es prinzipiell unmöglich, die der Büchse der Pandora entweichenden synthetischen Produkte der (chemischen) Industrie auf ihre Langzeitwirkung hin zuverlässig zu beurteilen. Mit neuen unbekannt Substanzen werden neuartige, unerwartete Wirkungshorizonte und -zusammenhänge konstituiert. Ein Restbestand an grundsätzlich nicht vermeidbarem Nichtwissen tritt in Form unintendierter und nicht vorhersehbarer Folgen zu Tage.

Solche unentdeckten und nicht vorhersehbaren Folgen wissenschaftlich-technischer Innovationen frühzeitig wahrzunehmen ist Aufgabe systematischer Gefahrenfrüherkennung. Sie sollte vermeiden, dass aus übersehenen Nebenwirkungen große Katastrophen werden. In der Vergangenheit setzte sich das Wissen um katastrophale (Neben-)Wirkungen jedoch meist erst durch, als diese nicht mehr zu übersehen waren (etwa bei Asbest, Benzol, Contergan, Holzschutzmitteln oder dem „Rinderwahnsinn“ BSE etc.). Die katastrophale Zerstörungskraft der FCKW wurde nur zufällig noch halbwegs rechtzeitig erkannt. Allen Fällen ist gemeinsam, dass das alarmierende Folgenwissen nicht durch ein etabliertes System aktiven Folgenwissenerwerbs gewonnen wurde, sondern durch das zivilgesellschaftliche Engagement von Außenstehenden. Im Fall (nicht) gemeldeter BSE-Fälle hat der wissenschaftliche Lenkungsausschuss der EU der Bundesrepublik sogar ein „passives Überwachungssystem“ bescheinigt, eine höfliche Umschreibung für „geplante Blindheit“ (Luhmann 2001, 38). Die Europäische Umweltagentur (EEA) kommt in Bezug auf die genannten und zahlreiche weitere Fallbeispiele zu einem vergleichbaren Ergebnis, zur Feststellung, dass wir bezüglich des im Wortsinn **notwendigen** Folgenwissens kein „ausgereiftes System, Wissen zu produzieren“ haben. In der Studie „Late Lessons from early warnings“ beschreibt die EEA (2001), welche Elemente ein funktionierendes System aktiven Folgenwissenerwerbs hätte haben sollen und künftig haben sollte.

Wie unzureichend die Gewinnung von Folgenwissen auch heute noch organisiert ist, zeigt das Beispiel der Umweltmedizin, deren Beobachtungen und Ergebnisse nicht überall auf Begeisterung stoßen. Arbeits- oder Allgemeinmediziner waren es oft, die Fälle schleichender Vergiftungen entdeckten und sehr zum Missvergnügen der Verursacher publik machten. Die Umweltmedizin ist eine Disziplin, bei der sehr unterschiedliche Positionen und interessengebundene Sichtweisen aufeinander stoßen. Sie gehört daher nicht zu den Fachgebieten, die sich großzügiger finanzieller Förderung erfreuen können, obwohl die Kosten zur Behandlung von Krankheiten mit unklarer Ursache immens sind und ständig steigen. Ein Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages zum Thema „Umwelt und Gesundheit“ zählte zu den aktuellen und drängenden Wissens- und Forschungsfragen vor allem die Aufklärung der multiplen Chemikaliensensitivität (Multiple-Chemical-Sensitivity, MCS). (Deutscher Bundestag 2000).

Der Klimawandel ist dagegen ein Thema, das seit mindestens 30 Jahren Gegenstand intensiver Folgenforschung ist. Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages haben seit Ende der 1980er Jahre den diesbezüglichen Handlungsbedarf ebenso eindeutig formuliert wie der Weltklimarat (IPCC) in seinen jüngsten Berichten. Die Tatsache, dass diesem Wissen immer noch kein adäquates Handeln entspricht, zeigt, dass auch ein funktionierendes System, Folgenwissen zu produzieren, nicht ausreicht, entsprechendes Schutz-Handeln zu initiieren. Wissen muss von Subjekten wahrgenommen und als relevant erkannt werden, um Handeln auslösen zu können. Klimawandel und schleichende Vergiftungen sind (auch) Gefahren, die – von spektakulären Manifestationen wie Wetterextremen abgesehen – der direkten Wahrnehmung verborgen bleiben. Um Handlungsbereitschaft zu erzeugen, ist ein Weg, die unsichtbare Gefahr durch Veranschaulichungen bewusst zu machen. Die Wahrnehmung von Klimawandel und schleichenden Vergiftungen birgt selber Gefahr ganz anderer Art: Die Gefahr den etablierten Zustand aufgeben zu müssen. Für das Nicht-Wissen-Wollen gibt es viele Möglichkei-

ten, sich durchzusetzen. Das perfideste unter ihnen: Das Wissenschaftsverständnis kann als Filter dienen bzw. genutzt werden, um das Bewusstsein vor der Wirklichkeit abzuschirmen.

Nichtwissen durch Desinformation

Wir haben in Bezug auf das zur Gefahrenabwehr notwendige Folgenwissen nicht nur kein „ausgereiftes System, Wissen zu produzieren“. Im Gegenteil, dem steht als intendierte und institutionalisierte Form des Nichtwissens ein ausgereiftes System, Desinformation zu produzieren, entgegen. ExxonMobil und andere Industrieunternehmen finanzieren Desinformationsorganisationen wie das Science and Environmental Policy Project (SEPP). In deren Diensten stehen „Klimaskeptiker“, die richtiger als bezahlte Leugner menschlicher Verantwortung für den bedrohlichen Klimawandel zu bezeichnen sind. Im Jahr 2006 entschloss sich die Royal Society zu einem höchst ungewöhnlichen Schritt: In einem offenen Brief forderte sie ExxonMobil auf, damit aufzuhören, Gruppen zu unterstützen, die den wissenschaftlichen Konsens über den Klimawandel unterminieren (Royal Society 2006). Welche renommierte wissenschaftliche Institution in Deutschland formuliert einen solchen offenen Brief etwa an die RAG und den Steinkohleverband (GVSt)? Welche wissenschaftliche Institution befasst sich mit den steuerlichen Voraussetzungen der Verfasstheit unserer Medien-Öffentlichkeit? Kann es wirklich klug und erfolgversprechend sein, wenn wir, die wir Belogene und Souverän der Demokratie zugleich sind, die (PR-)Lüge zur Hälfte mitfinanzieren, der betrieblichen Absetzbarkeit wegen, die verlässlichen Äußerungen der Wissenschaft aber zu 100% bezahlen müssen?

Ein professioneller Leugner des Klimawandels ist Fred Singer. Obwohl er als Lobbyist hinlänglich bekannt ist, wurde er sowohl von privaten Sendern als auch von öffentlich-rechtlichen Anstalten als „Klimaexperte“ eingeladen, u.a. trat er bei RTL am 11. Juni 2007, bei ntv am 7. Juli 2007 und am 9. Juli 2007 in der ARD (Report München) auf. Solche Auftritte und Falschmeldungen sind Folge eines erschreckenden Versagens der Qualitätskontrolle in unseren Medien. Quote geht vor Qualität! Damit büßen die Medien in gefährlicher Weise ihre Informationsfunktion für den Bürger ein, der nur dann ein mündiger Bürger sein kann, wenn er richtig informiert ist. Vielen Medien scheinen quoten- und damit gewinnfördernde (Schein-)Kontroversen wichtiger zu sein als Schicksalsfragen der Menschheit. Faktisch sorgen sie für Desinformation und damit Nichtwissen in der Öffentlichkeit. Ohne eine Qualitätskontrolle in den Medien verliert unsere Gesellschaft die Fähigkeit, zwischen Wissenschaft und Scharlatanerie zu unterscheiden – und sie verliert dabei die Fähigkeit, mit einem komplexen Problem wie dem Klimawandel erfolgreich umzugehen (Rahmsdorf 2007).

Mangel an Wissen über komplexe Alternativen

Der Mangel an breitem Wissen über den Handlungsbedarf wird durch eine dritte Form hier anzumerkenden Nichtwissens begleitet, durch das Nichtwissen bezüglich dessen, was wir tun sollten und können. Wir nehmen als Industriegesellschaften nicht nur den dringenden Handlungsbedarf nicht ausreichend wahr, wir erarbeiten uns auch nicht systematisch die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten. In den Jahrzehnten einer misslungenen Kernenergiepolitik fand die Auseinandersetzung über die Nukleartechnik lange allenfalls auf dem Niveau technischer Risikobetrachtungen statt. Folgen für die demokratische Ordnung und ihre Entwicklung wurden weitgehend ausgeblendet und die Frage nach nichtnuklearen Alternativen wurde erst

gestellt, als die Kernenergienutzung längst eingeführt war. Die Enquete- Kommission zur Gentechnologie galt zwar als rechtzeitig eingesetzt, hat dann aber darauf verzichtet, Wissen über alternative Entwicklungsoptionen zu untersuchen. In der Nachhaltigkeitsdebatte steht Folgenwissen im Vordergrund, das uns lehrt, welche Lebens- und Wirtschaftsweise **nicht** nachhaltig wäre. Es geht jedoch darüber hinaus um kooperatives Erarbeiten komplexer Alternativen, die Verhaltensänderungen und einen Bewusstseinswandel voraussetzen. Hierfür sind gelingende Meinungsbildungsprozesse erforderlich, die neue Regeln und Ziele für den Umgang mit Wissen erfordern (Ueberhorst 1999).

Für die zweifellos erforderliche „Große Transformation“ brauchen wir ein ausgereiftes System, Wissen zu produzieren, das Folgenwissen mit dem Wissen über systemare Alternativen verbindet und dieses Wissen handlungsleitend für Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (Medien!) macht. Reinhard Ueberhorst hat zur Frage „Welche Wissensgesellschaft?“ festgestellt, dass ein beklagenswerter Mangel an anerkannten Zielen und Regeln zur Erarbeitung und Nutzung des Wissens besteht. Eine „Wissensgesellschaft“, die nicht in der Lage ist, komplexe Kontroversen zu erfassen, zu klären und systemare Alternativen zu entwickeln, sei eine „Wissensgesellschaft“ mit einem minimierten politischen Möglichkeitsraum. Diesen Möglichkeitsraum zu einem wirklich ausgereiften System, Wissen zu produzieren, zu erweitern, könnte Aufgabe einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Demokratie in der Wissensgesellschaft“ sein (Ueberhorst 1999).

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie gesellschaftlich organisierte und institutionalisierte Wahrnehmungsprozesse mit dem Ziel einer Gefahrenfrüherkennung organisiert sein sollten, ist in dem Text „Gefahren(früh-)erkennung, Auf dem Weg zu einer Lehre der Gefahrenerkennntnis“ zu finden, der von Hans-Jochen Luhmann und mir in: Dirk Ipsen und Jan C. Schmidt (Hg.): Dynamiken der Nachhaltigkeit, Metropolis-Verlag: Marburg 2004, 245-271, publiziert worden ist. Der Text ist als kostenpflichtiger Download im Internet erhältlich: [http://www.metropolis-verlag.de/Gefahren\(frueh-\)erkennung/10400/book.do](http://www.metropolis-verlag.de/Gefahren(frueh-)erkennung/10400/book.do) (4,33 €).

Ich danke Hans-Jochen Luhmann und Reinhard Ueberhorst für die intensiven und konstruktiven Diskussionen und die Anregungen, die auch in diesem Text ihren Niederschlag gefunden haben.

Literatur

Deutscher Bundestag (2000): Drucksache 14/2848 vom 02.03.2000; www.apug.de/archiv/pdf/umweltmedizin_tab.pdf

Europäische Umweltagentur (EEA) (2001): Late Lessons from early warnings, Kopenhagen; deutsche Fassung: Umweltbundesamt (Hg.): Späte Lehren aus frühen Warnungen, Berlin 2004; <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/2697.pdf>

Henseling, Karl Otto: Ein ´ausgereiftes System, Wissen zu produzieren` kann keine Insellösung der Wissenschaft sein, in: Erwägen Wissen Ethik (EWE) 20(2009)1, S. 126-127

Luhmann, Hans-Jochen (2001): Die Blindheit der Gesellschaft. Gerling Akademie Verlag, München

Luhmann, Hans-Jochen und Henseling, Karl Otto: *Gefahren(früh-)erkennung*, Auf dem Weg zu einer Lehre der Gefahrenerkennntnis, in: Dirk Ipsen und Jan C. Schmidt (Hg.): Dynamiken

der Nachhaltigkeit. Metropolis-Verlag: Marburg 2004, 245-271

[http://www.metropolis-verlag.de/Gefahren\(frueh-\)erkennung/10400/book.do](http://www.metropolis-verlag.de/Gefahren(frueh-)erkennung/10400/book.do) (4,33 €)

PIK (Potsdam Institut für Klimafolgenforschung). Hauptschlussfolgerungen des Symposiums „Global Sustainability: A Nobel Cause“ in Potsdam vom 8. bis 10. Oktober 2007: Potsdam Memorandum; [www.nobel-cause.de/potsdam-memorandum/Potsdam Memorandum_ger.pdf](http://www.nobel-cause.de/potsdam-memorandum/Potsdam_Memorandum_ger.pdf)

Rahmsdorf, Stefan (2007): Alles nur Klimahysterie? *Universitas*, 895-913

Royal Society (2006): Royal Society and ExxonMobil;

<http://royalsociety.org/document.asp?tip=1&id=5851>

Spiegel-Online (2008): Bizarrer Kongress: Konferenz der Klimawandel-Leugner, 3. März 2008

Ueberhorst, Reinhard (1999): Welche Wissensgesellschaft? *Universitas*, 921-925

Ueberhorst, Reinhard (2007): Wissensgesellschaft, bitte welche? *EWE*, 410-413